Ressort: Auto/Motor

Autobranche will mehr Zeit

Berlin, 11.10.2018, 20:23 Uhr

GDN - Angesichts der Diesel-Debatte und der geplanten EU-weiten Klimaschutzverschärfung warnt die Autobranche vor drastischen Folgen und bittet um mehr Zeit. "Der Übergangsprozess zur E-Mobilität ist tiefgreifend und umwälzend", sagt Elmar Degenhart, der Vorstandsvorsitzende des Zulieferkonzerns Continental, der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" (Freitagsausgabe).

Wenn der Prozess erzwungenermaßen zu schnell ablaufe und Mitarbeiter nicht ausreichend dafür ausgebildet werden könnten, "wird es zwangsläufig zum Verlust von Arbeitsplätzen kommen". Vornehmlich wären traditionelle Automobilstandorte wie Deutschland betroffen. Am Dienstag hatten sich die EU-Umweltminister entschieden, die CO2-Grenzwerte für Neuwagen bis zum Jahr 2030 um 35 Prozent zu senken. Für Degenhart würden diese Vorgaben der Politik auch für Verbraucher erhebliche Folgen haben. "Wir zweifeln daran, dass sich die derzeitigen Zielmarken technisch und wirtschaftlich erreichen lassen, ohne den Konsumenten zwangsweise vorzuschreiben, welche Antriebe sie zu kaufen haben." Elektroantriebe seien derzeit nicht wettbewerbsfähig und dürften nicht durch Zielvorgaben insgeheim erzwungen werden. Degenhart äußert sich in der FAZ auch zur Frage nach einer - von der Politik geforderten - Batteriezellfertigung in Deutschland als Basis für die Elektromobilität. "Wir schließen eine solche Investition nicht aus, müssen aber als erstes von der nächsten Generation der Technik überzeugt sein, der Festkörpertechnologie." Außerdem brauche Continental ein rentables Geschäftsmodell sowie wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen wie vor allem niedrige Stromkosten. "Da hat Deutschland nicht die beste Position", sagt er. Mit Blick auf die hohen Investitionen von etwa 3 Milliarden Dollar müsse er auch an seine ausländischen Aktionäre denken. "Deren Interesse an deutscher Wirtschaftspolitik ist begrenzt." Für den möglichen Bau einer solchen Fabrik brauche man aber Partner, wobei Degenhart einen Autohersteller wie Volkswagen wegen programmierter Interessenkonflikte ausschließt. "Eine Entscheidung wird erst nach 2020 fallen.".

Bericht online:
https://www.germandailynews.com/bericht-113314/autobranche-will-mehr-zeit.html

Redaktion und Veranwortlichkeit:
V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:
Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:
UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619